

HEUTE MIT
WIRTSCHAFTREGIONAL



LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li

Im Zeichen der 300-Jahr-Feier

Das 5. Sagenfest Triesenberg wartet am 1. Mai wiederum mit spannenden Sagen und Geschichten auf. 15

Besonderes Leinwand-Comeback

Das altehrwürdige Kino Vaduz wird für Einheimische und Touristen zu neuem Leben erweckt. 2

Liechtenstein lebt
digital

www.ligital.li

li-gital

Landespolizei

Gesetzeshüter denkt über E-Zivildfahrzeuge nach 3

Gemeindegeschehen

Eschner Senioren informieren sich 9

35. Städtlelauf

100 freiwillige Helfer leisten ihren Beitrag 17

International engagiert

LFV-Nachwuchs gibt Visitenkarte ab 19



Die Rechte der Kleinen

Die Kinderlobby kämpft für Chancengleichheit im Kindesalter. 5

Sapperlot

Ehre, wem Ehre gebührt.

Durch sein wildes Treiben während der vergangenen Tage hat der Föhn doch geradezu darum gebettelt, mit einem zweiten Sapperlot en suite bedacht zu werden. Was hat der im fehlgeleiteten Volksmund so liebevoll als ältester Liechtensteiner verklärte Nervtöter uns das Leben wieder schwer gemacht. Diese fieseren Kopfschmerzen, gepaart mit dem Gefühl, klare Gedanken nur mit grösster Anstrengung fassen zu können; diese alles umwabernde warm-trockene Luft, die den Körper nach und nach seiner Reserven beraubt; vor allem aber dieser quälende Dauerlärm, als hätte F30, unsere erste nachgewiesene Wölfin, ihre komplette Calanda-Crew zusammengetrommelt, um uns geplagte Seelen in den Wahnsinn zu heulen. Wie süss war da doch das gestrige morgendliche Erwachen. Selten hat mich das Geräusch von Regen mehr erfreut. Kaum einmal liess mir ein Temperatursturz so warm ums Herz werden. Nie erschien ein trist-grauer Himmel strahlender. *Oliver Beck*

Noch kein Abo?

Jetzt gleich bestellen!
Abohotline +423 236 16 61



www.vaterland.li

Raumplanung: Regierung will keinen Neustart

Heisses Eisen Die Stiftung Zukunft.li fordert für die landesweite Raumplanung einen Neustart. Die Regierung sieht keinen Grund, ein neues Gesetz zu lancieren.

Manuela Schädler
mschaedler@medienhaus.li

Dass das Thema Raumplanung emotional und politisch kein einfaches Pflaster ist, hatte die Volksabstimmung im Jahr 2002 gezeigt, als das über zehn Jahre ausgearbeitete Raumplanungsgesetz an der Urne abgelehnt wurde. Seither war es ruhig um dieses Thema.

Mit der Studie «Raumentwicklung Liechtenstein – Gestalten statt nur geschehen lassen», hat die Stiftung Zukunft.li nun wieder Schwung in die Diskussion gebracht. In einer Umfrage der Sonntagszeitung «Liewo» vom

7. April äussern sich verschiedene Politiker dahingehend, dass ein Neustart in der Raumplanung angezeigt ist. «Ohne mutiges Vorgehen dieser Regierung mit einer partei- und legislativübergreifenden Strategie sind die Erfolgsaussichten des Raumplanungsprozesses gleich null», sagte beispielsweise Wolfgang Marx von der Freien Liste.

Auch die Vertreter der FBP und der VU befürworten, dass das Thema wieder aufgerollt wird und mutige Ideen gefragt sind. DpL und DU sehen das Ganze eher kritisch. «Raumentwicklung ist sicher wichtig, ist aber auch politisch schwierig und deshalb ein

langwieriger Prozess», sagte Harry Quaderer von DU.

Die Lösungsvorschläge sollen überprüft werden

Auch die Regierung will das emotionale Thema nicht neu aufrollen, wie eine Anfrage bei Regierungschef-Stellvertreter und Infrastrukturminister Daniel Risch zeigt. «Ein Neustart in der Raumplanung ist angezeigt», führt er im «Vaterland»-Interview aus. Die Entwicklung des Raums würde auch ohne Raumplanungsgesetz vorangetrieben werden. «Der Volkswille ist zu akzeptieren», sagt er. Das heisse aber nicht, dass die Regierung in die-

sem Bereich untätig ist: Momentan arbeite eine Arbeitsgruppe an einem Raumkonzept für Liechtenstein.

Für Risch beinhaltet die aktuelle Studie keine Überraschungen. «Ich kann aber festhalten, dass die Studie meines Erachtens die heutige Realität und die derzeit raumrelevanten Themen Liechtensteins gut auf den Punkt bringt und bezüglich der Lösung auch neue und unkonventionelle Ansätze zeigt.» Deshalb werden das Ministerium und das Amt für Bau und Infrastruktur die Vorschläge der Stiftung Zukunft.li überprüfen und in weitere Überlegungen einfließen lassen. 3

Vor 500 Jahren starb das Jahrtausendgenie Leonardo da Vinci



Grosser Geist Nie zuvor hat ein Künstler die Szene des letzten Abendmahls so bewegt dargestellt wie Leonardo da Vinci im Jahr 1498. Doch nicht nur in der Malkunst war das am 2. Mai 1519 verstorbene italienische Universalgenie seiner Zeit weit voraus. Das war er auch als Forscher, Mathematiker, Ingenieur, Aufklärer und Utopist. 23-26

Bild: Keystone

Liechtenstein will Botschaft in Paris

Aussenpolitik Um die bilateralen Beziehungen zu stärken, strebt die liechtensteinische Regierung eine Botschaft in Paris an. «Im Sinne der Finanzplatzstrategie ist die Eröffnung einer Vertretung ernsthaft zu prüfen», schreibt die Regierung. Gerade mit Blick auf den Brexit werde Paris an Bedeutung gewinnen, ist man in Vaduz überzeugt. Doch die Botschaft wird es nicht gratis geben. Im Schnitt kosten die liechtensteinischen Botschaften je eine Million Franken pro Jahr. Nun werden die Kosten für eine Botschaft in Frankreich geprüft, im nächsten Jahr sollen dann Unterlagen vorliegen. **Wirtschaft regional**



Verdacht auf versuchten Mord

Vaduz Gegen den 16-jährigen Messerstecher, der in der Nacht von Ostersonntag auf einen 17-jährigen eingestochen hat, läuft eine Untersuchung wegen des Verdachts auf versuchten Mordes. Dies meldet Radio L unter Berufung auf den Leitenden Staatsanwalt Robert Wallner. Zudem ist eine Untersuchung wegen des Vergehens nach dem Betäubungsmittelgesetz im Gange. Der Straffrahmen beträgt 1 bis 15 Jahre Freiheitsstrafe. Gemäss Radio L wurde der 16-jährige am Vormittag dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Er gestand, in der Osternacht im Zuge eines Streits auf den 17-jährigen eingestochen zu haben. Laut Staatsanwaltschaft besteht weder Flucht- noch Verdunklungsgefahr. Der Täter darf daher laut Mitteilung die Untersuchungshaft verlassen. Die Ermittlungen der Polizei dauern an.

Bei der Auseinandersetzung im Bereich Jägerweg ausserhalb des Mühleholzmarktes fügte der 16-jährige Täter dem älteren Opfer mit einem Messer eine Stichverletzung im Brustbereich zu. Das Opfer musste mit dem Rettungsdienst ins Spital gebracht und notoperiert werden. (red)



«Das ist in Liechtenstein nun mal so»

Bodenpolitik Für Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch zeigt die Raumplanungsstudie der Stiftung Zukunft.li unkonventionelle Lösungsansätze auf, die auch überprüft werden sollen. Im Bereich Verkehr sollen an erster Stelle Alternativen zum Auto ausgebaut werden.

Interview*: Manuela Schädler
mschaedler@medienhaus.li

Die Stiftung Zukunft.li hat ihre neueste Studie zum Thema Raumplanung vorgestellt. Haben Sie die Lektüre dazu bereits studiert?

Daniel Risch: Neben dem Studium der neuen Studie der Stiftung Zukunft.li haben wir uns zwischenzeitlich auch mit den Autoren zu verschiedenen Themen austauschen können.

Welcher Aspekt hat Sie besonders überrascht?

Da sich mein Ministerium sowie das Amt für Bau und Infrastruktur in verschiedenen Ausprägungen mit den Themen der Studie beschäftigen, enthält die Studie für Fachpersonen kaum «Überraschungen». Ich kann aber festhalten, dass die Studie meines Erachtens die heutige Realität und die derzeit raumrelevanten Themen Liechtensteins gut auf den Punkt bringt und bezüglich der Lösung auch neue und unkonventionelle Ansätze zeigt.

Vor allem der Bereich Verkehr wurde analysiert. Was sagen Sie zu den Lösungsansätzen der Stiftung, insbesondere zur Idee, ein landesweites Mobility Pricing einzuführen?

Dass Mobility Pricing ein sehr effektives Mittel sein kann, steht ausser Frage. Allerdings denke ich, dass die Ausweitung des Angebots von attraktiven Alternativen zum motorisierten Individualverkehr an erster Stelle stehen sollte. An solchen Alternativen wird derzeit im Rahmen des Mobilitätskonzepts 2030 gearbeitet. Und selbstverständlich gibt es hier eine Abstimmung mit den Ergebnissen der Stiftung Zukunft.li – aber auch mit den Inhalten und Ergebnissen der Plattform Entwicklungskonzept Liechtensteiner Unterland und Schaan sowie dem Agglomerationsprogramm Werdenberg-



Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch sieht keinen Grund, das Raumplanungsgesetz neu aufzurollen. Bild: Archivbild

Liechtenstein. Die Studie zeigt einmal mehr, dass die geografische Begrenztheit Liechtensteins und der daher nur spärlich zur Verfügung stehende Raum, den Denkraum möglicher Lösungen einschränken. Dies ist in Liechtenstein nun mal so. Damit müssen wir umgehen.

Dass der Ausbau des öffentlichen Verkehrs (ÖV) Priorität hat, wird auch in der Studie thematisiert. Was für Pläne gibt es bereits in diesem Bereich?

Auch hier deckt sich die Sicht der Studienautoren mit der der Fachexperten und der verschiedenen Gremien, in denen die Mobilitätsthemen in Liechtenstein und der Region diskutiert werden. Ziel ist es, dass der ÖV und der Langsamverkehr wirkliche Alternativen zur Nutzung des eigenen Autos werden. Dies ist im ÖV mittels eines geeigneten Fahrplans und Liniennetzes sowie einer genügenden Anzahl Kursen auf den Strecken sowie einer weitergehenden Busbevorzugung, beispielsweise mit weiteren Busspuren, machbar. Mit Blick auf die Raumplanung sollte die Siedlungs- und Arbeitsplatzverdichtung natürlich dort stattfinden, wo bereits

reifen Grundstücken gegen Wohnfläche.

Das Thema Raumplanung, welches in Zusammenarbeit mit der Uni Liechtenstein entstanden ist, wurde in einem separaten Bericht genauer beleuchtet. Hier fordert die Stiftung einen Neustart, nachdem das Thema nach der Volksabstimmung im Jahr 2002 eingeschlafen ist.

Die Studie ist zu finden unter: www.stiftungzukunft.li

zur Nutzung des eigenen Autos werden. Dies ist im ÖV mittels eines geeigneten Fahrplans und Liniennetzes sowie einer genügenden Anzahl Kursen auf den Strecken sowie einer weitergehenden Busbevorzugung, beispielsweise mit weiteren Busspuren, machbar. Mit Blick auf die Raumplanung sollte die Siedlungs- und Arbeitsplatzverdichtung natürlich dort stattfinden, wo bereits

reifen Grundstücken gegen Wohnfläche.

Das Thema Raumplanung, welches in Zusammenarbeit mit der Uni Liechtenstein entstanden ist, wurde in einem separaten Bericht genauer beleuchtet. Hier fordert die Stiftung einen Neustart, nachdem das Thema nach der Volksabstimmung im Jahr 2002 eingeschlafen ist.

Die Studie ist zu finden unter: www.stiftungzukunft.li

Die Stiftung Zukunft.li will mit der Studie wieder Bewegung in das Thema landesweite Raumplanung bringen. Denn seit der Volksabstimmung im Jahr 2002, an der eine entsprechende Gesetzesvorlage an der Urne abgewiesen wurde, ging auf Landesebene nicht mehr viel vorwärts. Denken Sie auch, dass es wieder Zeit für einen «Neustart» ist, wie die Stiftung betont?

Meines Erachtens ist ein «Neustart» nicht angezeigt, da die Raumplanung und die geordnete Entwicklung des Raums auch ohne eigenes Raumplanungsgesetz vorangetrieben wurde und wird. Der Volkswille ist zu respektieren und daher soll der vom Gesetzgeber hierfür gegebene Spielraum bestmöglich genutzt werden.

Trotzdem: Wie gedenkt die Regierung in diesem Thema weiter zu verfahren?

Die Regierung hat in dem im Jahr 2017 vorgestellten Regierungsprogramm ausgeführt, dass in dieser Legislatur ein Raumkonzept für Liechtenstein erstellt werden soll. Daran ar-

beitet eine entsprechende Arbeitsgruppe mit Vertretern des Ministeriums, der Ämter, der Gemeinden und einigen Fachexperten. Zudem beteiligt sich Liechtenstein in verschiedenen raumorientierten Gruppen und Plattformen.

Werden Sie die Vorschläge der Stiftung Zukunft.li weiterverfolgen?

Natürlich werden das Ministerium und das Amt für Bau und Infrastruktur die Vorschläge in ihre Überlegungen mit einfließen lassen. Die Tragweite und möglichen Konsequenzen, welche die Umsetzung der Vorschläge mit sich bringen, werden dabei beleuchtet, um am Ende die besten Lösungen für unser Land zu finden. Dabei gilt es selbstredend, die Gemeindeinteressen und Vorstellungen sowie Interessen der Verbände und Bevölkerung zu berücksichtigen.

In Zusammenarbeit mit der Universität Liechtenstein hat die Stiftung Visionen entwickelt, wie Liechtenstein im Jahr 2050 aussehen könnte. So wird unter anderem ein Bild von drei Städten oder gar einem Leben am und auf dem Rhein gezeichnet. Wo sehen Sie Liechtenstein in 30 Jahren?

Ich hoffe sehr, dass wir im Jahr 2050 in einem Liechtenstein leben dürfen, das sich seinen ländlichen und naturnahen Charakter mit teils urbanen Angeboten und Ortszentren erhalten hat. Kurz: Ich sehe ein Liechtenstein, das sich durch eine abgestimmte und kontrollierte Entwicklung nicht allzu sehr von Liechtenstein im Jahr 2019 unterscheidet. Liechtenstein soll auch in Zukunft ein Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum ermöglichen, ohne seine Wohn- und Standortqualität zu gefährden.

*Dieses Interview wurde schriftlich geführt.

Studie «Raumentwicklung Liechtenstein – Gestalten statt nur geschehen lassen»

Die Stiftung Zukunft.li hat Ende März die umfassende Studie zur Raumentwicklung Liechtenstein präsentiert. Der über 140 Seiten dicke Bericht deckt vor allem drei Themenbereiche ab: Die Raumentwicklung an sich, der Verkehr sowie der Boden- und Immobilienmarkt. Zusammen mit Experten wurden auch Empfehlungen an die Politik ausgearbeitet.

Im Bereich Verkehr wird neben dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs auch das Mobility-Pricing-

System vorgeschlagen. Danach soll nur für die effektive Nutzung der Strassen bezahlt werden. Durch höhere Preise an den Spitzenzeiten kann der Verkehr gelenkt und die Kapazität der Strasse besser ausgenutzt werden.

Die Bodenbank ist eine weitere Massnahme, die im Bericht erläutert wird. Sie soll als Instrument zur inneren Verdichtung dienen und der Zersiedelung entgegenwirken. Die Bodenbanken ermöglichen den Tausch von nicht bau-

reifen Grundstücken gegen Wohnfläche.

Das Thema Raumplanung, welches in Zusammenarbeit mit der Uni Liechtenstein entstanden ist, wurde in einem separaten Bericht genauer beleuchtet. Hier fordert die Stiftung einen Neustart, nachdem das Thema nach der Volksabstimmung im Jahr 2002 eingeschlafen ist.

Die Studie ist zu finden unter: www.stiftungzukunft.li

Landespolizei prüft Einsatz von E-Autos

Erwägungen Die Kantonspolizei St. Gallen setzt neu auf Elektroautos. Die liechtensteinische Landespolizei prüft, ob elektrisch betriebene Fahrzeuge auch von ihr verwendet werden könnten. Diese kämen aber nur als Zivilfahrzeuge zum Einsatz.

Die Kantonspolizei St. Gallen erhält in den kommenden Tagen 13 Elektroautos. Mit einigen wird der Patrouillendienst durchgeführt, andere werden als zivile Polizeiautos eingesetzt. In den nächsten eineinhalb Jahren sollen 15 weitere Fahrzeuge folgen. Eine Entwicklung, die auch die liechtensteinische Landespolizei beobachtet. So wird laut Sibylle Marxer, Mediensprecherin der Landespolizei, auch für die Landespolizei eine Ausstattung mit Zivilfahrzeugen geprüft. Hierfür steht sie in engem Kontakt mit der Kantonspolizei St. Gallen, um deren Evaluationsergebnisse bei einer allfälligen Anschaffung berücksichtigen zu können.

Nicht als Spezialfahrzeuge im Einsatz

Die Elektroautos kämen in Liechtenstein aber explizit nicht als



Die Kantonspolizei St. Gallen hat E-Autos der Marke Hyundai angeschafft.

Bild: zvg

Spezialfahrzeuge zum Einsatz, denn hierfür sind sie nicht geeignet, erklärt Sibylle Marxer. Unter

Spezialfahrzeugen versteht die Polizei Fahrzeuge wie Streifenwagen, Verkehrsunfallbusse, Pi-

kettfahrzeuge, Personentransporter oder auch Observationsfahrzeuge. Sie alle müssen spe-

zielle Anforderungen erfüllen, wie beispielsweise eine grosse Reichweite bieten oder einen Allradantrieb haben. Und damit können die meisten Elektroautos gegenüber Standardfahrzeugen nicht aufwarten.

Basler Polizei setzt auf Marke Tesla

Die Kantonspolizei hat die Mitteilung, dass sie Elektroautos anschaffen wird, am vergangenen Mittwoch, dem Tag des Lärms, veröffentlicht. Somit ist neben anderen Aspekten der Lärmschutz ein zentrales Argument für die Anschaffung der E-Autos. Dabei handelte es sich um Fahrzeuge der Marke Hyundai, konkret der Hyundai Kona EV.

Welche Autos es allenfalls in Liechtenstein geben wird, hängt laut Marxer vom Verwendungszweck ab. Die Basler Polizei bei-

spielsweise wird ab diesem Wochenende mit E-Autos der Marke Tesla unterwegs sein. Eingesetzt werden vorerst zwei der insgesamt sieben neuen elektrischen Alarmpiktet-Fahrzeuge. Mit den neuen Teslas ersetzt die Basler Polizei ihre bisherigen Fahrzeuge der Marke Mercedes. Die Teslas sind mit rund 140 000 Franken etwa 50 000 Franken teurer als ein entsprechendes Dieselfahrzeug. Dafür überzeugten die Teslas die Behörde in puncto Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz.

Bei der Kantonspolizei Graubünden zeigt man sich laut einem Bericht der «Südschweiz» skeptisch gegenüber Elektroautos. Das Preis-Leistungs-Verhältnis stimme noch nicht.

Susanne Quaderer
squaderer@medienhaus.li